

Stillem

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nummer 8—10

August/September/Oktober 1978

5 Schilling

9. November 1938:

„Reichskristallnacht“



Niemals vergessen!

Vor 40 Jahren: Sie brannten Synagogen und Leichenhallen nieder

Brennender Tempel in Wien-Hietzing

Der 9. November 1938 ist aus der Geschichte der Nazibarbarei nicht wegzudenken. In dieser Nacht haben die Naziverbrecher Synagogen und jüdische Leichenhallen angezündet. Geschäfte von Juden wurden zerstört und geplündert. Menschen jüdischer Herkunft sind erschlagen und furchtbar mißhandelt worden. Die jüdische Bevölkerung wurde zum Freiwild erklärt.

In der Sprache der Nazis hieß diese Terroraktion: „Reichskristallnacht“. Angeblich deshalb, weil soviel Glas zerschlagen wurde. In Wirklichkeit handelte es sich um ein furchtbares Pogrom, das der Vorbereitung des Massenmordes an der jüdischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges diente.

Es gibt heute viele „Ehemalige“, die behaupten, sie hätten niemals etwas von Judenverfolgungen gewußt. Das ist eine schamlose Lüge. Was sich am 9. November 1938 abspielte, mußte jeder wissen, der damals im Dritten Reich lebte. Außerdem hatte die Nazipresse über die sogenannte Reichskristallnacht schadenfroh berichtet.

Nazidokumente über die Reichskristallnacht

Am 7. November 1938 wurde in Paris ein Attentat auf den Sekretär der Nazibotschaft von Rath verübt. Als Attentäter wurde ein jüdischer Flüchtling genannt, der die Absicht gehabt haben soll, den deutschen Botschafter zu erschießen. Später stellte sich heraus, daß der Botschaftssekretär von Rath als unzuverlässig galt und von der Gestapo beschattet wurde. Ob die Gestapo auch auf den Attentäter Einfluß hatte, konnte nicht einwandfrei festgestellt werden.

Die Nazis feierten zunächst die Erinnerung an den Bürgerbräuputsch von Hitler. Nach dieser Feier begannen sie in der Nacht des 9. November 1938 mit dem



furchtbaren Judenmassaker. Goebbels und die von ihm gleichgeschaltete Presse sprachen von einer „spontanen Reaktion des deutschen Volkes“.

Aber wie wenig spontan diese Terroraktion war, das beweisen Dokumente aus den Naziarchiven, die nach dem Krieg von angesehenen Historikern veröffentlicht wurden. Diese Dokumente befinden sich in wissenschaftlichen Werken, deren Objektivität nicht bezweifelt werden kann.

Wir wollen uns mit einem Beispiel begnügen: Der bekannte amerikanische Historiker William L. Shirer berichtet in seinem umfassenden Werk: „Aufstieg und Fall des Dritten Reiches“ ausführlich in einem eigenen Kapitel über die Ereignisse des 9. November 1938. Er stützt sich dabei auf die vorgefundenen Nazidokumente, die er nur mit kurzen Kommentaren versieht. Die Dokumente sprechen für sich selbst. Sie klagen ein Regime an, das furchtbare Verbrechen begangen hat gegen Menschen, die sich nicht wehren konnten. Die Feigheit dieses Regimes war ebenso groß wie seine Brutalität.

Nachstehend ein Auszug aus dem Buch von William L. Shirer:

Laut Geheimbericht von Major Walter Buch, Leiter des Obersten Parteigerichts, gab Dr. Goebbels am Abend des 9. November Anweisung, im Lauf der Nacht „spontane Kundgebungen... zu organisieren und durchzuführen“. Aber der eigentliche Organisator war Reinhard Heydrich, nach Himmler der zweite

Das Bild auf Seite 1 zeigt die von Nationalsozialisten in Brand gesteckte Zeremonienhalle des jüdischen Friedhofs in Graz im November 1938

Mann in der SS, der Chef des SD und der Gestapo. Seine während des Abends über Fernschreiber gegebenen Befehle befinden sich unter den erbeuteten deutschen Akten.

Nachts um 1.20 Uhr ging ein dringendes Fernschreiben an alle Stellen der Staatspolizei und des Sicherheitsdienstes mit der Anweisung, zusammen mit Partei- und SS-Führern „die Durchführung der Demonstrationen zu besprechen“.

a) Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (zum Beispiel Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist),

b) Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden...

d) ... 2) ... sind die stattfindenden Demonstrationen von der Polizei nicht zu verhindern...

5) ... sind ... so viele Juden — insbesondere wohlhabende — festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können...

Nach Durchführung der Festnahme ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen...

Es war eine Schreckensnacht in ganz Deutschland. Synagogen, jüdische Wohnungen und Geschäfte gingen in Flammen auf, zahlreiche Juden, Männer, Frauen und Kinder, wurden erschossen oder sonstwie umgebracht, wenn sie versuchten, den tödlichen Flammen zu entkommen. Heydrich erstattete am folgenden Tag, dem 11. November, Göring vorläufigen Bericht:

Der Umfang der Zerstörung jüdischer Geschäfte und Wohnungen läßt sich bisher ziffernmäßig noch nicht belegen... 815 zerstörte Geschäfte, ... 171 in Brand gesetzte oder zerstörte Wohnhäuser geben, soweit es sich nicht um Brandlegungen handelt, nur einen Teil der wirklich vorliegenden Zerstörungen wieder... An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert... Festgenommen wurden rund 20.000 Juden... An Todesfällen wurden 36, an Schwerverletzten ebenfalls 36 gemeldet. Die Getöteten beziehungsweise Verletzten sind Juden...

Die endgültige Zahl der in jener Nacht ermordeten Juden wird um ein Vielfaches höher geschätzt. Heydrich selbst gab am Tage nach seinem vorläufigen Bericht die Zahl der zerstörten jüdischen Geschäfte mit 7500 an. In einigen Fällen kam es auch zu Vergewaltigungen, die das Oberste Parteigericht für schlimmer erachtete als Mord, da sie gegen die Nürnberger Rassengesetze verstießen. Wer lediglich einen Juden ermordet hat, „kann dafür nicht bestraft werden“, heißt es in Major Buchs Bericht, denn er habe ja nur Befehle ausgeführt. In einem Punkte war der Bericht ganz unverblümt: „Die Öffentlichkeit weiß bis auf den letzten Mann, daß politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht.“

Nicht allein Mord, Brandstiftung und Plünderung hatten die an der Ermordung von Rath unschuldigen deutschen Juden zu erdulden. Sie mußten auch noch für den ihnen zugefügten materiellen Schaden selber aufkommen. Die ihnen zustehenden Versicherungsgelder wurden vom Staat beschlagnahmt. Außerdem wurde ihnen — für „ihre ruchlosen Verbrechen“, wie Göring sagte — eine kollektive Geldstrafe in Höhe von einer Milliarde Mark auferlegt. Die Festsetzung dieser zusätzlichen Strafen erfolgte in einer grotesken Sitzung, von deren stenografischem Protokoll noch ein Teil erhalten ist. Sie fand am 12. November unter Vorsitz Görings und im Beisein mehrerer Minister und hoher Beamter statt.

Eine Reihe von Versicherungsgesellschaften hätte Konkurs anmelden müssen, wenn sie für die Schäden hätten aufkommen sollen. Allein die zerstörten Schaufenster und Fensterscheiben machten einen Schaden von etwa fünf Millionen Mark aus, wie Herr Hilgard, Sprecher der Versicherungsgesellschaften, Göring darlegte; und der größte Teil des zu ersetzenden Glases

hätte für in Deutschland sehr knappe Devisen aus dem Ausland eingeführt werden müssen.

„So kann das nicht weitergehen“, rief Göring, außer seinen anderen Ämtern Bevollmächtigter für die deutsche Wirtschaft. „Das halten wir gar nicht aus. Unmöglich!“ Er wandte sich an Heydrich: „Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet!“

„Fünfunddreißig Tote sind es“, entgegnete Heydrich zu seiner Verteidigung.

Vorbereitung des Massenmordes

Aus den weiteren Dokumenten geht hervor, daß Göring anordnete, daß die Juden, also die Geschädigten, eine Strafe von einer Milliarde Mark zu zahlen haben. Der amerikanische Historiker betont besonders, daß Adolf Hitler nicht nur über die Verbrechen der „Reichskristallnacht“ informiert war, sondern sie auch gebilligt hat. Das Märchen vom „Führer“, der solche grauenhaften Dinge nicht wollte, läßt sich nicht aufrechterhalten. Heute wissen wir, daß die „Reichskristallnacht“ eine ganz bestimmte Funktion hatte: sie sollte die Ermordung von sechs Millionen Juden in den Vernichtungslagern psychologisch vorbereiten. Es ist bekannt, daß SS-Leute, die damals Synagogen und Leichenhallen anzündeten, später an der Juden-ausrottung maßgeblich beteiligt waren.

Gedenken nach 40 Jahren

Wenn wir nach 40 Jahren der Opfer der sogenannten Kristallnacht gedenken, dann haben wir auch die Aufgabe, ihr Vermächtnis zu erfüllen: Es gilt, den Antisemitismus kompromißlos zu bekämpfen. Haben wir es doch schon einmal erlebt, wohin die Hetze gegen jüdische Menschen führt: Über Verfolgungen und Demütigungen zum geplanten Massenmord.

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus veranstaltet, wie jedes Jahr, am

1. November 1978

einen Schweigemarsch zum Gedenken an alle Opfer des Faschismus. Wir wollen aber diesmal das Gedenken an die furchtbaren Ereignisse vom 9. November 1938 in den Mittelpunkt stellen.

Treffpunkt: 8.45 Uhr, zweites Tor — Zentralfriedhof. Abmarsch: 9 Uhr.

Vor dem Mahnmahl findet die Gedenkkundgebung statt.

Die Gedenkrede hält Genosse Josef Hindels.

Die Rede, die Genosse Bruno Kreisky zur 40. Wiederkehr des 13. März 1938 am 7. März 1978 in Wien-Floridsdorf gehalten hat, ist nun als Broschüre des Karl-Renner-Instituts unter dem Titel „Der Beginn des neuen Österreich“ erschienen. Bestellungen bei der SPÖ-Materialstelle, Löwelstraße 18, 1014 Wien.

40 Jahre danach

In der Volkshochschule Brigittenau (Wien 20, Raffaelgasse 13) finden wieder zeitgeschichtliche Vortragsreihen statt. Vier Abende sind dem Thema „40 Jahre danach“ gewidmet. Zum Beginn am 19. Oktober spricht Carl Szokoll über „Der militärische Widerstand“. Weitere Abende finden am 16. und 30. November sowie am 14. Dezember statt (Beginn jeweils 19 Uhr). „Filmdokumente zur Zeitgeschichte“ werden am 27. Oktober sowie am 10. und 24. November (Beginn jeweils 18 Uhr) gezeigt. Themen: KZ Buchenwald, Kappler, Warschauer Ghetto.

Verbrennt mich!

Protest anläßlich der deutschen Bücherverbrennungen 1933

Wie fast alle Linksgerichteten, entschieden sozialistischen Geistigen in Deutschland, habe auch ich etliche Segnungen des neuen Regimes zu spüren bekommen: Während meiner zufälligen Abwesenheit aus München erschien die Polizei in meiner dortigen Wohnung, um mich zu verhaften. Sie beschlagnahmte einen großen Teil unwiederbringlicher Manuskripte, mühsam zusammengetragenes Quellenstudienmaterial, meine sämtlichen Geschäftspapiere und einen großen Teil meiner Bücher. Das alles harret nun der wahrscheinlichen Verbrennung. Ich habe also mein Heim, meine Arbeit und — was vielleicht am schlimmsten ist — die heimatliche Erde verlassen müssen, um dem Konzentrationslager zu entgehen.

Die schönste Überraschung aber ist mir erst jetzt zuteil geworden: Laut „Berliner Börsencourier“ stehe ich auf der „weißen Autorenliste“ des neuen Deutschlands, und alle meine Bücher, mit Ausnahme meines Hauptwerkes „Wir sind Gefangene“, werden empfohlen: Ich bin also dazu berufen, einer der Exponenten des „neuen“ deutschen Geistes zu sein!

Vergebens frage ich mich: Womit habe ich diese Schmach verdient?

Das „Dritte Reich“ hat fast das ganze deutsche Schrifttum von Bedeutung ausgestoßen, hat sich losgesagt von der wirklichen deutschen Dichtung, hat die größte Zahl seiner wesentlichsten Schriftsteller ins Exil gejagt und das Erscheinen ihrer Werke in Deutschland unmöglich gemacht. Die Ahnungslosigkeit einiger wichtigtuerischer Konjunkturschreiber und der hemmungslose Vandalismus der augenblicklich herrschenden Gewalthaber versuchen all das, was von unserer Dichtung und Kunst Weltgeltung hat, auszurotten und den Begriff „deutsch“ durch engstirnigsten Nationalismus zu ersetzen. Ein Nationalismus, auf dessen Eingebung selbst die geringste freiheitliche Regung unterdrückt wird, ein Nationalismus, auf dessen Befehl alle meine aufrechten sozialistischen Freunde verfolgt, eingekerkert, gefoltert, ermordet oder aus Verzweiflung in den Freitod getrieben werden.

Und die Vertreter dieses barbarischen Nationalismus, der mit Deutschein nichts, aber auch rein gar nichts zu tun hat, unterstehen sich, mich als einen ihrer „Geistigen“ zu beanspruchen, mich auf ihre sogenannte „weiße Liste“ zu setzen, die vor dem Weltgewissen nur eine schwarze Liste sein kann!

Diese Unehre habe ich nicht verdient!

Nach meinem ganzen Leben und nach meinem gan-

zen Schreiben habe ich das Recht, zu verlangen, daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen.

Verbrennt die Werke des deutschen Geistes! Er selber wird unauslöschlich sein wie eure Schmach!

Alle anständigen Zeitungen werden um Abdruck dieses Protestes ersucht.

Oskar Maria Graf

Nachschrift zu diesem Protest 1960

Der Inhalt dieses Protestes, der nach dem 10. Mai 1933 in der Presse der ganzen Welt erschien, berichtet über die Fakten, die dazu Anlaß gaben. Die Folge davon war, daß die Münchner Studenten im Beisein der Professoren meine Bücher in der Aula der Münchner Universität verbrannten. Im Juni des gleichen Jahres wurde ich von der Hitlerregierung „aus dem Deutschen Reiche ausgebürgert“ und lebte 25 Jahre lang als paßloser Emigrant und Staatenloser in den Ländern meines Exils. Erst im März 1958 erhielt ich die USA-Bürgerschaft.

Heutzutage, da fast jeder Mensch davon überzeugt ist, daß in den letzten Jahrzehnten alle Politik Bankrott gemacht hat, empfindet man sicherlich Bezeichnungen wie „entschieden sozialistisch“ oder „sozialistische Genossen“ als längst überholte, inhaltlose Phrasen, oder man versteht darunter etwas politisch höchst Anrüchiges, das man, schon rein aus Gründen des privaten Fortkommens, energisch ablehnt. Bei einer Gesellschaft, welche mit aller Hartnäckigkeit bemüht ist, die durch barbarische Diktaturen erzeugte Entmenslichung unseres gesamten Lebens hinzunehmen oder zu vergessen, ist das weiter nicht verwunderlich. Eine solche Gesellschaft gebärdet sich, je nach dem Machtbereich, in welchem sie sich befindet, konformistisch oder nonkonformistisch, was im Grunde genommen auf das gleiche hinausläuft. Keiner nämlich glaubt mehr an das, was er sich vornimmt, und paßt sich der jeweiligen Situation an. Dazu kommt nunmehr seine dauernde Angst vor dem unerwarteten Atomtod, die ihn gänzlich zukunftslos gemacht hat, so daß er sich nur noch dem leeren Sichgehenlassen und der hektischen Jagd nach dem ablenkenden Augenblick ergibt, weil ihm alles andere unwichtig und sinnlos erscheint. In diesem Zustand fällt es ihm um so leichter, sich jeder Selbstverantwortung zu entziehen.

Ich war nie Parteisozialist und habe mir nicht erst von marxistischen Schriftgelehrten sagen lassen müssen, was Sozialismus ist. Mir ist — um mit Gorki zu reden — „mein Sozialismus von Kind an auf den Rücken geprägt worden“. Das hat mich — nicht etwa aus einem inneren Wagnis, sondern gleichsam instinktiv und zwangsläufig — zum Rebellen gemacht, über dessen Wesen ich mir längst vor Camus Klarheit verschafft habe. Der Rebell bedarf keiner sozusagen moralischen Zurede von anderer Seite, er handelt nicht nach dem Rezept einer politischen Überzeugung, die ihm von irgendwelchen politischen Ideologen oktroyiert worden ist, sondern einzig und allein aus einer grundmenschlichen Empörung gegen jeden Mißbrauch der Schwächeren durch die Stärkeren, aus der erlittenen Einsicht, daß Unrecht und Unmenschlichkeit, niederträchtiger Massenbetrug und chauvinistische Völkerverhetzung gemeine Verbrechen asozialer Machthaber sind. Das macht ihn zum Sozialisten, denn kein Mensch kann schließlich allein und für sich wirken, und bei allem provokativen Einzelgängertum, das ihn kennzeichnet, wird die Grundhaltung des Rebellen

Fortsetzung Seite 9



Oskar Maria Graf in Brünn mit Helene Potetz und Karl Holoubek

Neue Nachrichten von rechts

In der letzten Zeit tauchten aus dem rechtsradikalen Sumpf wieder Blasen an die Oberfläche, die in SS-ähnlichen Uniformen den Passanten der Wiener Innenstadt vor Augen führen wollten, daß der nach der Befreiung vom Nazifaschismus im Jahre 1945 trockengelegt geglaubte Morast durchaus noch bräunliche Sumpfgewächse hervorbringen kann. Diesem von der „Aktion Neue Rechte“ (ANR) inszenierten Spuk bereitete die Polizei ein schnelles Ende. Bereits am 16. August durchsuchten Beamte der Polizei Wohnungen von ANR-Mitgliedern sowie zwei ihrer Lokale. Aber nicht nur in Wien versuchen diese „Uniformträger“ die Öffentlichkeit zu gewinnen, sondern sie verlegten ihre Tätigkeit auch in die Bundesländer. So wollte die „Sturmtruppe — Rotte Linz“ in Kampfausrüstung, mit Fahnen und Uniformen, zu dem von NDP und ANR gemeinsam geplanten „Sommernachtsfest“ am 19. August in Aschach erscheinen. Dieser „Sturmtruppe“ und ihren Mitläufern wurde durch die Exekutive ebenfalls die „Freude“ am zackigen Auftreten genommen. Auch der „Tag der deutschen Einheit“ fiel ins Wasser. Denn erstmals ging die Polizei wirklich konsequent gegen die Neonazis vor. Darin ist auch ein Erfolg der unablässigen Bemühungen der Sozialistischen Freiheitskämpfer und anderer Antifaschisten zu sehen.

Die immer größer werdende ablehnende Haltung der österreichischen Bevölkerung gegenüber neofaschistischen Aktivitäten veranlaßten ANR und NDP eine „nationale Einheit“ herzustellen. Beim Durchblättern der letzten Ausgaben ihrer Publikationen kann man einen Einblick in die „Bewegung“ bekommen. So berichtet der „Klartext“, Zeitung der NDP, in der Folge 7, vom Juli 1978:

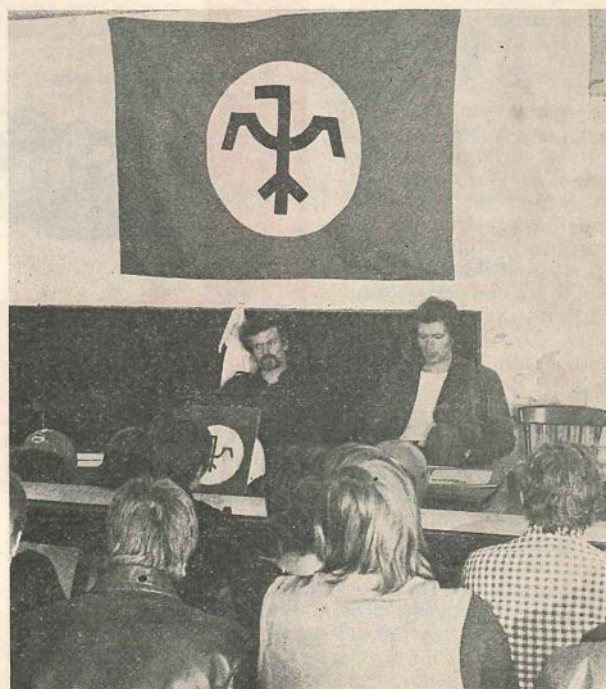
„In der gemeinsamen abgegebenen Erklärung wird festgestellt, daß NDP und ANR auf Grund derselben weltanschaulichen Grundlage und einem auf weite Teile gleichen Grundsatzprogramm im wesentlichen dieselben politischen Ziele verfolgen. Die beiden Gruppen betrachten sich aber nicht als Konkurrenz, da die NDP bemüht ist, diese Ziele vor allem durch Beteiligung an den Wahlen in Gemeinden, Ländern und Bund durchzusetzen, während der Schwerpunkt der politischen Aktivität der ANR in legalen außerparlamentarischen Aktionen und in der Beteiligung an den Hochschulwahlen liegt. NDP und ANR werden nicht nur eng zusammenarbeiten, sondern sich auch gegenseitig jede mögliche Unterstützung angedeihen lassen. Um deutlich sichtbar zu machen, daß NDP und ANR brüderlich zusammenstehen, ist Dr. Burger dem Fördererkreis der ANR beigetreten, während Dr. Haas seine aktive Tätigkeit in der NDP wieder aufgenommen hat.“

Das Blättchen „Richtung“ der ANR vom August führt noch an, daß auch eine enge Zusammenarbeit mit der Vorarlberger neofaschistischen Jugendzeitschrift „aktuell“ des Walter Ochensberger vereinbart wurde. Über die Beziehungen zu neofaschistischen Organisationen in der Bundesrepublik schreibt die „Richtung“:

„Die Beziehungen zu nationalen Organisationen in der BRD wurden vertieft. Rasche und gründliche Information der Öffentlichkeit in der BRD über Maßnahmen des österreichischen Linksstaates wird in Zukunft für uns lebensnotwendig sein. Die Jungen Nationaldemokraten Oberbayern haben auf ihrem letzten Jahreskongreß bereits in einer Reso-

lution gegen die Haltung der österreichischen Behörden protestiert und die Einhaltung der Menschenrechte für Deutschnationalen in Österreich gefordert. Bei neuerlichen Unterdrückungsakten werden Proteste vor österreichischen Einrichtungen in der BRD erfolgen.“

Das rechtsradikale Lager verlor durch den Tod des Schriftleiters des „Eckartboten deutscher Kultur- und Schutzarbeit“ Fritz Stüber Ende Juli 1978 einen ihrer zentralen geistigen Führer. Denn diese Zeitung der sogenannten „Österreichischen Landsmannschaft“ ist als Drehscheibe des österreichischen Rechtsradikalismus anzusehen. Bei der Trauerfeier versammelten sich daher zahlreiche Ab-



Monatsappell der ANR

ordnungen diverser Vereinigungen aus Österreich und der Bundesrepublik auf dem Wiener Zentralfriedhof. Eine eigene Trauerversammlung berief Robert H. Drechsler am 13. August in das Hotel „Erzherzog Rainer“ ein. Dieser sattsam bekannte Rechtsextremist und Herausgeber einschlägiger Sudelblätter konnte sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, um wieder in Erscheinung zu treten. Mit Fritz Stüber, der einst auch als VdU-Abgeordneter wirkte, und seinen Frechheiten hatte schon unsere Genossin Jochmann im österreichischen Parlament abgerechnet. Sie sagte damals unter anderem:

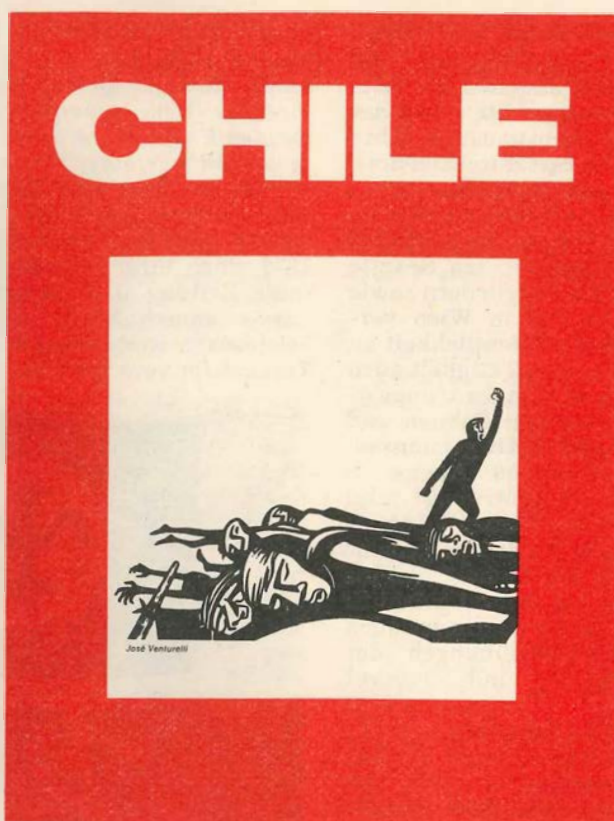
„... daß gerade Sie, Herr Abgeordneter Stüber, es waren, der noch im April 1945 kriegshetzerische Gedichte veröffentlicht hat, und daß auch Sie daran schuld sind, daß unser Wien in einer solchen Art und Weise behandelt wurde!... Wir haben diese Brücke geschlagen, wir haben sie ununterbrochen, von Stunde zu Stunde, erhalten, wir wollen mit allen jenen, die guten Willens sind, einen neuen Staat aufbauen. Aber vergessen Sie eines nicht: Für die Demokratie hat die österreichische Arbeiter-

Fortsetzung Seite 7

5 Jahre Widerstand - 5 Jahre Solidarität

Die chilenische Diktatur scheint aus den Fugen zu geraten. Die Ereignisse überstürzen sich. Streikaktionen in Industriebetrieben und gegen die Politik der Junta gerichtete Demonstrationen in den Straßen von Santiago zu Beginn dieses Jahres signalisierten eine neue Qualität des Volkswiderstandes. Die Junta reagierte zögernd und auffallend zaghaft: Es gab wohl vereinzelte Verhaftungen, der bis dahin übliche Terror des Polizeiapparates blieb jedoch aus. Die Gegensätze innerhalb der Junta traten in der Folge, besonders aber nach dem „Referendum“, das Pinochet gegen den Widerstand anderer Generäle durchgedrückt hat, offen zu Tage. Für Pinochet brachte das Referendum überraschend viele Ja-Stimmen und stärkte zweifelsohne seine Position innerhalb der Junta. Ironischerweise stellte sich sein Machtverfall wenige Monate nach diesem „Triumph“ ein: Sowohl von der Innenpolitik als auch von der Außenpolitik bezog Pinochet Schläge, die seine Position schwer erschütterten. Nachdem die Christdemokraten nunmehr geschlossen der Junta den Rücken gekehrt hatten, kamen wichtige politische und wirtschaftliche Gruppen in den USA zur Auffassung, daß die offene Gewaltherrschaft des chilenischen Faschismus nicht mehr länger in der Lage ist, die Interessen der USA in diesem Land genügend zu wahren. US-Präsident Jimmy Carter erhob seinen Anklagefinger auch gegen die Menschenrechtsverletzer in Santiago. Aber nicht nur Anklage, auch wirtschaftlicher Druck kam aus Washington. Daß gerade jene US-Kreise, die seinerzeit alles unternommen hatten, um die verfassungsmäßige Regierung Allende zu stürzen und den Faschismus zu etablieren, sich nunmehr abwenden und „zivilisierte“ Lösungen für die chilenischen Probleme verlangen, ist für Pinochet sicher eine bittere und giftige Pille. In der Weltöffentlichkeit besonders vermerkt wurde die Forderung Washingtons nach Auslieferung der Mörder des im Exil lebenden ehemaligen Allende-Botschafters Orlando Letelier. Letelier wurde vor zwei Jahren in Washington in die Luft gesprengt, und ein US-Untersuchungsausschuß hat die Verbindung der Junta und des chilenischen Geheimdienstes zu den Mördern aufgedeckt.

Der zweifellos bedeutendste Schlag, den der Volkswiderstand der brüchig gewordenen Diktatur versetzt hat, war die große Hungerstreikaktion Ende Mai dieses Jahres. Im Zusammenhang mit der Forderung nach Aufklärung des Schicksals von 2500 politischen Gefangenen kam es in sechs Städten Chiles zu 18 Hungerstreiks, an denen mehrere Hundert Personen beteiligt waren. Die Streiks wurden von der katholischen Kirche Chiles aktiv unterstützt. Insbesondere der Kardinal von Santiago stellte sich hinter die Forderung der Streikenden und intervenierte nicht nur bei der Junta, sondern auch in Washington. Die Hungerstreiks in Chile wurden durch eine Welle von Solidaritätsaktionen im Ausland unterstützt. Von den im Exil lebenden Chile-Flüchtlingsen wurden, unterstützt von der Bevölkerung



der Gastländer, insgesamt 104 Solidaritäts-Hungerstreiks durchgeführt. 18 Hungerstreiks wurden in Großbritannien, 15 in der Bundesrepublik Deutschland, 13 in Kanada, 8 in Holland, 7 in Schweden, 6 in der Schweiz durchgeführt. Auch in Wien traten 16 in Österreich lebende Chile-Flüchtlinge im Haus des ÖGB, Treitlstraße, in einen unbefristeten Hungerstreik. Die Zentralsekretäre der SPÖ, Blecha und Marsch, SP-Klubobmann Fischer und viele andere Funktionäre unserer Partei erklärten sich solidarisch mit den Forderungen der Streikenden. Nach 18 Tagen gab Pinochet auf: Chilenischen Bischöfen gegenüber verpflichtete er sich, Nachforschungen über das Schicksal der Verschwundenen anzustellen.

Ein weiterer Erfolg der großen Hungerstreikaktion ist in der Zustimmung der chilenischen Militär-Junta zur Entsendung einer Kommission der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Menschenrechtsverlet-

zungen in Chile zu sehen. Diese Zustimmung überraschte die Öffentlichkeit vor allem deshalb, weil Pinochet unmittelbar nach dem „Referendum“ erklärt hatte, eine derartige Kommission nicht ins Land einreisen zu lassen.

Am 24. Juli erreichte uns dann die Nachricht, daß der Chef der chilenischen Luftwaffe, das Mitglied der vierköpfigen Junta, General Gustavo Leigh, abgesetzt wurde. Wenige Tage nach der Absetzung des Luftwaffenchefs feuerte Pinochet weitere acht Generäle (die gesamte Führungsspitze der chilenischen Luftstreitkräfte). Anfang August war die Junta gezwungen, sich sogar von den Spitzen jenes Terrorapparates zu trennen, der bisher die Herrschaft der Generäle gegen den Volkswiderstand mit tausendfachem Mord, mit Folter und Konzentrationslager gesichert hat: Der chilenische Innenminister hat die Verhaftung des ehemaligen Chefs der vor einem Jahr für aufgelöst erklärten politischen Polizei DINA, General Contreras, angeordnet. Die Maßnahme des Innenministers betrifft außerdem Oberst Espinoza, Ex-Operationschef der DINA, und den DINA-Agenten Hauptmann Larios. Die Verhaftung der drei Männer, die in die Ermordung Orlando Leteliers verwickelt sind, hatte das amerikanische Außenministerium kurz zuvor offiziell beantragt.

Wir haben eingangs das Regime als „aus den Fugen geratend“ bezeichnet. Wir warnen aber gleichzeitig davor, die nunmehr zerrüttete Diktatur zu verarmlosen oder gar zu vergessen. Eine Diktatur schafft sich niemals selbst ab! Es werden noch große Anstrengungen des chilenischen Volkes und der Arbeiterklasse erforderlich sein, um die Diktatur zu beenden, noch größere Mühen, um Chile dem Einfluß des Imperialismus und der großen Monopole zu entziehen. Auch in diesem Kampf dürfen wir unsere chilenischen Genossen nicht allein lassen.

(Aus: Dokumentation Nr. 7 der Arbeitsgruppe „Sozialisten für Chile“.)

Mit neuem Schwung in die braune Vergangenheit?

„Mit neuem Schwung für Österreich.“ So lautete das offizielle Motto des Parteitags der FPÖ. Doch zahlreiche Funktionäre der Fünf-Prozent-Partei verstehen darunter offensichtlich das Schwungholen für eine Wiederbelebung der braunen Vergangenheit. Dies dokumentiert unter anderem ein Schreiben des FPÖ-Obmannes von Unterach, Ottokar Schöfer, an die Unteracher Bürger.

In seinem Brief, der mit „Liebe Freunde“ beginnt und als außergewöhnliches Schreiben titulierte ist, empfiehlt der FPÖ-Lokalmatador seinen Mitbürgern eindringlich das Buch „Ein anderer Hitler“, Bericht seines Architekten Hermann Giesler.

Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Erstmals schildert hier ein Mann aus der nächsten Umgebung des Führers die tatsächlichen Geschehnisse. Ich betone: Ein MANN und nicht irgendein widerlicher Lumpenkerl vom Schlag eines Neo-Widerständlers Speer, der sich um jeden Preis bei den Feinden des deutschen

Volkes einen Orden holen möchte. Liebe Freunde: Dieses Buch ist eine Pflichtlektüre.“

An anderer Stelle schreibt Schöfer, er verschicke seinen Brief lediglich deshalb, „weil ich meine, daß ich dies nicht nur mir und Euch, sondern vor allem der Wahrheit schuldig bin. Eine traurige Zeit, in der man so etwas betonen muß“.

Und wie es sich für Leute vom Schlag des Unteracher FPÖ-Obmannes gehört, darf auch das „Heil“ als Gruß zum Schluß des Briefes nicht fehlen.

Sicherlich würden sich innerhalb der kleinen Oppositionspartei genügend Leute finden, die das Schreiben des Unteracher FPÖ-Mandatars als Solovorstellung eines Einzelgängers qualifizieren. Man könnte also zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht — ja wenn nicht in Österreich ein Mann herumreisen würde, der zum Thema „Revolution 1848“ erklärte, heute sei die Verfassungswirklichkeit schlimmer als zur Zeit Metternichs, ein Mann, der meinte, dem Bundeskanzler sei wohl „der Papp ins Hirn gestiegen“.

Neue Nachrichten von rechts

Schluß von Seite 5

schaft gekämpft und geblutet, und deshalb lautet unsere Devise: In Österreich die Demokratie, aber nur für Demokraten!“

Zum Abschluß dieser „Nachrichten von rechts“ wollen wir auf eine Broschüre von Gustav E. Janeschitz und Alexander Herceg „Sozialgemeinschaft oder Untergang“ hinweisen. Gustav E. Janeschitz, dem es mit „germanischer List“ immer wieder gelingt, als Leserbriefschreiber in unserer „Arbeiter-Zeitung“ unterzukommen, gibt in diesem 35-Schilling-Pamphlet eine kaum verhüllte Darlegung neofaschistischer Ideologie. Er setzt dabei seine Linie als bekannter Rechtsradikaler und Artikelschreiber sowie Aktivist der „Deutschen Aktion“ fort. Als Beispiel seiner Geisteshaltung wollen wir eine Stilblüte aus dieser Broschüre über die „Rassen“ wiedergeben:

„Daß alle Menschen und somit alle Rassen gleich sind, ist der wildeste und verlogenste Unsinn, der je propagiert worden ist. Weder sind es die Menschen gleicher Rasse, noch die Mitglieder in einer Familie, noch die Menschen schlechthin. Man kann sie auch nicht gleich machen, egal, was in dieser Richtung unternommen wird. Und weil die Menschen in allen ihren Voraussetzungen ungleich, ja sogar streng heterogen sind, ist es notwendig, bei allen politischen und sonstigen Überlegungen recht genau zu unterscheiden... Die sogenannte Rassentrennung, besser gesagt Rassenerhaltung und nicht Rassenintegration, sind daher die menschlich richtigen Überlegungen.“

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Paul Bernstein, Robert Blau, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Alfred Kohlbacher, Rudolfine Muhr, Hans Waschek

Aus Sorge um die Zukunft

Am Beispiel der Sonnwendfeier (AZ vom 23. Juni 1978, Seite 3) im Stadtgebiet von Wien müssen wir feststellen, daß faschistische Kräfte in unserem Lande einen Spielraum erhalten, der für die gesunde Entwicklung der Demokratie eine erste Bedrohung darstellt.

Die Kinderfreunde, Bezirksorganisation Hietzing, protestieren gegen die Möglichkeiten einer solchen Entwicklung und fordern folgende Maßnahmen:

1. Verbot aller faschistisch orientierten Gruppierungen.
2. Volle Anwendung der gesetzlichen Möglichkeiten zur Auflösung faschistischer oder tendenziöser Umtriebe.
3. Ausforschung und gerichtliche Verfolgung der Veranstalter der Sonnwendfeier am 21. Juni 1978 am Satzberg.
4. Funktionsverbot für öffentliche Mandatäre, egal welcher Partei sie angehören, die an solchen Veranstaltungen teilnehmen und gegen die Art der Abhaltung nicht sofort etwas unternehmen. (Verständigung der Behörden.)
5. Verstärkte Aufklärung der Jugend im Rahmen des Zeitgeschichte-Unterrichtes an Pflicht-, Mittel- und Hochschulen.

Die Sorge um die Zukunft unserer Kinder und Familien hat uns zu diesem Schritt veranlaßt!

Die Bezirksgruppe Hietzing ist übersiedelt.

Neue Adresse:

1130 Wien, Wolkersbergenstraße 170.

Sprechstunden ab September jeden ersten Dienstag

Niederösterreicher in Kärnten

Es ist bereits zur Tradition geworden, daß der niederösterreichische Landesverband jedes Frühjahr eine große Fahrt unternimmt. Im heurigen Mai ging die Reise nach Süden. Unter den 50 Teilnehmern befand sich auch der frühere Abgeordnete zum Nationalrat Hermann Lackner, der sowohl in der Steiermark als auch in Kärnten und sogar in den altösterreichischen Provinzen Jugoslawiens und Italiens einen kenntnisreichen Reiseführer mit viel Humor abgab.

Die erste Station war Bruck an der Mur, wo auf dem Friedhof von St. Ruprecht Landtagsabgeordneter a. D. Josef Rohata in einer Ansprache der Februaropfer 1934, insbesondere des hingerichteten Schutzbandführers Koloman Wallisch und seiner Kampfgefährten, die dort ihre letzte Ruhe fanden, gedachte.

Am Nachmittag ging es nach Klagenfurt weiter. Am darauffolgenden Tag führte in Vertretung des dortigen Landesobmannes der Sekretär der sozialistischen Freiheitskämpfer Franz Poganitsch durch Kärntens Landeshauptstadt. Am Friedhof von Annabichl legten die Niederösterreicher an der Gedenkstätte für die Opfer des Kampfes um ein freies und demokratisches Österreich einen Kranz nieder. Landesobmann Leo Lesjak würdigte in seiner Gedenkrede unter anderem die Haltung der Kärntner Antifaschisten und der Österreich-Slowenen. Am späten Vormittag wurde die Reisegruppe von Landeshauptmann Leopold Wagner im Spiegelsaal der Kärntner Landesregierung empfangen. Am gleichen Tag standen auch die Besichtigung von Minimundus und ein Ausflug auf den Pyramidenkogel — von dem man einen einzigartigen Ausblick auf das ganze Gebiet rund um den Wörther See genießen kann — auf dem Programm.

Am dritten Tag führte uns die Reise über Ljubljana und Triest nach dem sehenswerten Venedig. Für viele

Reiseteilnehmer war dies der erste Besuch in der Lagunenstadt. Eine Schifffahrt auf dem Canale Grande und die Besichtigung des Markusplatzes unter Führung eines einheimischen Fremdenführers waren wohl die Höhepunkte des Italienaufenthaltes.

Auf der Rückreise genoß die Reisegruppe die Naturpracht der Dolomiten und hielt in dem herrlich gelegenen Luftkur- und Wintersportort Cortina d'Ampezzo. Leider lag in der Gegend des Misurinasees und der „Drei Zinnen“ ungewohnt viel Schnee, so daß dort der geplante Aufenthalt entfiel. Nächste Station war Lienz, wo sich das Wetter verschlechterte. Die gute Unterbringung im wohl besten Hotel Osttirols tröstete uns darüber hinweg. Am Tag der Abfahrt verabschiedete sich von uns der dortige SPÖ-Bezirkssekretär. Es goß in Strömen, als wir uns über Matrei dem Felbertauerntunnel näherten. Wie groß war jedoch die Überraschung nach der Fahrt durch den derzeit größten Tunnel Österreichs! Auf der Nordseite der Hohen Tauern empfing uns der herrlichste Sonnenschein.

Unser tüchtiger Fahrer brachte es zuwege, daß die Etappenziele stets vorzeitig erreicht wurden, so daß auch die Mittagsrast in Goldegg, das abseits der Hauptverkehrslinien, eingebettet in der herrlichen Bergwelt des Pongau liegt, zeitlich ausgedehnt werden konnte. Dann ging's nach Hause.

Die Fahrt kann als gelungen bezeichnet werden, um so mehr als wieder das Nützliche mit dem Angenehmen verbunden war. Erfreulicherweise stellte diesmal die Bezirksgruppe St. Pölten mit ihrem Obmann Anton Gutleiderer den Großteil der Teilnehmer. Es war wie immer eine Reise des Landesverbandes, die den Teilnehmern interessante Eindrücke vermittelte und die Verbundenheit der Mitglieder erneuerte.

„Otto Bauer kommt das historische Verdienst zu, jenen Weg zum ersten Mal theoretisch vorgezeichnet zu haben, den die österreichischen Sozialisten, ja viele andere sozialdemokratische Parteien auch, Jahrzehnte später erfolgreich beschreiten konnten, die geistige Grundlage, auf der wir Heutigen noch aufbauen. Er war es, der uns den Weg zur sozialen Demokratie gewiesen hat.“

**(Hertha Firnberg
bei der Gedenkkundgebung zum 40. Todestag von
Otto Bauer am 4. Juli 1978 im Wiener Zentralfriedhof)**

Aus der Opferfürsorge

Anmeldeschluß für Anträge an den Hilfsfonds

Am 31. Dezember 1978 ist endgültig Schluß für die Stellung von Anträgen an den Hilfsfonds um eine Zuwendung für politisch Verfolgte. Noch einmal machen wir unsere Funktionäre und Mitglieder auf diese Frist eindringlich aufmerksam. Alle Anträge, welche nach dem 31. Dezember 1978 einlangen, müssen zurückgewiesen werden.

Mitglieder, die es bis jetzt versäumt haben und anspruchsberechtigt sind, sollen sofort mittels Antragsformular einreichen. Das Antragsformular kann durch uns bezogen werden.

Es ist beim „Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“

1014 Wien Löwelstraße 18

anzufordern. Die Fragen des Antwortformulars sind genau zu beantworten, die Unterschrift ist vom Landesverband beziehungsweise vom zuständigen Bezirksobmann beglaubigen zu lassen. Die Beglaubigung der Unterschrift kann auch vom zuständigen Gemeindeamt (gebührenfrei) vorgenommen werden.

Anspruchsberechtigt sind:

- Alle, welche aus politischen, rassischen, religiösen Gründen oder wegen ihrer Nationalität in der Zeit zwischen dem 5. März 1933 und dem 8. Mai 1945 verfolgt wurden,
- Inhaber einer Amtsbescheinigung,
- Besitzer eines Opferausweises,
- Emigranten, wenn sie aus Gründen der angeführten Verfolgungen Österreich verlassen mußten,
- Witwen, wenn die Ehe beziehungsweise Lebensgemeinschaft mit dem Opfer bereits zum Zeitpunkt der Verfolgung bestanden hatte. Es muß als Beweis die Heiratsurkunde (Fotokopie), bei einer Lebensgemeinschaft die Meldebestätigung oder die Bestätigung eines Zeugen beigebracht werden.

Das Einkommen ist durch eine Netto-Lohn- oder Gehaltsbestätigung, bei Selbständigen durch den Einkommenssteuerbescheid, bei Pensionisten und Rentnern durch den Pensions- beziehungsweise Rentenabschnitt nachzuweisen.

Nicht wieder verheiratete Witwen beziehungsweise nichtverheiratete Lebensgefährtinnen nach Opfern, die nicht überlebt haben (justifiziert, im KZ oder Zuchthaus umgekommen sind), gehören zum Kreis der Anspruchsberechtigten. Sofern sie bis zum Jahr 1908 geboren sind, zu jenen, die zuerst erledigt werden. Jüngere Jahrgänge müssen Geduld haben, sie werden, wenn ihr Jahrgang drankommt, berücksichtigt.

Weiters können Ehepartner (Lebensgefährtinnen), die selber nicht verfolgt wurden, heute noch mit dem Gatten (Lebensgefährten), der verfolgt wurde, zusammenleben und zum Zeitpunkt der Verfolgung bereits mit diesem verheiratet waren oder eine Lebensgemeinschaft bestanden hatte, einen Antrag stellen.

Als Nachweis ist von diesem Personenkreis zu erbringen:

- die Heiratsurkunde in Fotokopie,
- bei Lebensgemeinschaft der Meldezettel in Fotokopie,
- die Amtsbescheinigung beziehungsweise der Opferausweis in Fotokopie.

Die Erledigung der Anträge erfolgt nach dem Alter und der Dauer der Haftzeit der Antragsteller, ebenso wird über die Höhe der Entschädigung, die mindestens 3000 Schilling, höchstens 15.000 Schilling beträgt, entschieden.

Voraussetzung für den Anspruch aller Verfolgten ist die Staatsbürgerschaft vor dem 13. März 1938, oder der ununterbrochene Aufenthalt vor dem 13. März 1938 in Österreich, oder die Staatsbürgerschaft am 1. Jänner 1977.

Abschließend machen wir besonders noch darauf aufmerksam: Auf Grund des Hilfsfondsgesetzes erhält

der Hilfsfonds vierteljährlich den Betrag von 30 Millionen Schilling. Die letzte Rate wird im Juni 1980 fällig. Nachdem die Zahlung einer Zuwendung an politisch Verfolgte nach dem Alter und der Schwere der Verfolgung vorgenommen wird, ersuchen wir vor allem die jüngeren Jahrgänge um Geduld.

Es darf nicht vergessen werden, daß auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zuerst alle jene Opfer berücksichtigt werden müssen, die bis zum Jahrgang 1908 geboren sind und mindestens ein Jahr Haft oder einen schweren gesundheitlichen Schaden erlitten haben und eine Opferrente von mindestens 50 Prozent beziehen oder an einem schweren Leiden erkrankt sind.

Wir empfehlen, die Anmerkungen auf der letzten Seite des Antrages genau durchzulesen und danach das Formular auszufüllen. Die Anträge können an das Sekretariat des Bundes geschickt werden, sie werden hier überprüft, ob alle Beweise beiliegen und dann an den Hilfsfonds weitergeleitet.

Noch einmal:

Anmeldefrist 31. Dezember 1978

nicht versäumen! Wir können nicht helfen, wenn dieser Termin nicht eingehalten wird.

Verbesserung im Bereiche der Opferfürsorge

In dankenswerter Weise hat Sozialminister Dr. Weißenberg eine Anregung der Opferfürsorgekommission vom 2. Juni aufgegriffen und verfügt, daß Beziehern einer Opfer- beziehungsweise Hinterbliebenenrente, deren Rente zum Teil gemäß §§ 57 bis 59 KOVG vor dem 1. Jänner 1960 abgefertigt wurde, über Antrag unabhängig von ihrem Einkommen ab Antragsmonat der abgefertigte Rentenanteil im Wege des Härteausgleiches gemäß § 15 a OFG wieder gewährt werden kann. Es empfiehlt sich daher für Rentenbezieher, deren Rente gemäß § 11 OFG im Zusammenhalt mit §§ 57 bis 59 KOV teilweise abgefertigt wurde, umgehend einen bezüglichen Antrag beim Bundesministerium für soziale Verwaltung einzubringen.

Verbrennt mich!

Schluß von Seite 4

doch von dem unzerstörbaren Glauben an die Solidarität der Gleichen bestimmt. Mehr als für jeden anderen Menschen besteht für ihn die unabwiesbare Verpflichtung, zu jeder Zeit und mit allen seinen Kräften dafür einzustehen und zu kämpfen, was im Grunde genommen alle wahrhaft sozialistischen Parteien erringen wollen: eine Gesellschaftsordnung, in welcher der einzelne und die Völker das gleiche Recht erhalten, in Freiheit und Frieden am Aufbau einer glücklichen Welt mitzuwirken. Danach habe ich stets zu handeln versucht, und jeder, der dafür kämpfte — ganz gleich, ob er sich nun Kommunist, freier Sozialist oder Sozialdemokrat nannte —, war und ist für mich ein „Genosse“. Dafür haben viele meiner Freunde, und nicht nur Arbeiter, sondern auch Geistige, gläubige Christen und Priester, die Folterungen in den Konzentrationslagern oder den Märtyrertod erlitten. Dies je zu vergessen, hielte ich für einen schamlosen Verrat.

In der Zeit von 1934 bis 1938 haben wir ein Buch vertrieben, es hieß „Die Prüfung“. Leider ist davon kein Exemplar aufzutreiben. Wir wären dankbar, wenn jemand, der im Besitz dieses Buches ist, es uns überlassen könnte. Zu senden an unser Büro.

Niemals vergessen

Karl Czernetz zum Gedenken

Der Tod hat ihn aus seiner Arbeit gerissen, die ganz der sozialistischen Idee gewidmet war. Karl Czernetz hat dieser Idee in vielen wichtigen Funktionen gedient, immer mit vollem Einsatz und mit jener Dynamik, die ihn bis zuletzt auszeichnete. Er hätte der sozialistischen Bewegung noch viel geben können, als Abgeordneter, als Publizist und als Redner von unverwechselbarem Temperament, vor allem aber als aufrechter und treuer Sozialist.



Damals, als der Faschismus die Bewegung in den Untergrund zwang, gehörte Karl Czernetz zu den führenden Genossen der „Revolutionären Sozialisten“, schon damals mit Bildungsarbeit befaßt und schon damals viel publizierend. Niemals hätte er sich damals wohl träumen lassen,

daß ihm, dem gelernten Fotografen, einmal die Ehre zukommen würde, Präsident des Europarates zu werden. Daß er diese und andere Funktionen ausfüllen und einer jener wenigen österreichischen Politiker werden konnte, die auch jenseits der Grenzen unseres Landes Respekt und Anerkennung finden, ist eine Bestätigung der Bildungsarbeit der Partei, an deren Aufbau er nach 1945 so maßgebend beteiligt war.

Schon früh interessierte sich Karl Czernetz für internationale Fragen, erste internationale Erfahrungen sammelte er gezwungenermaßen in der Emigration, zuerst in Paris, später in London. Als internationaler Sekretär der SPÖ, als langjähriger Obmann des außenpolitischen Ausschusses des Nationalrats und als Mitglied der österreichischen Delegation in der parlamentarischen Versammlung des Europarates, als Vorsitzender deren sozialistischer Fraktion und in den Jahren 1975 bis 1978 als Präsident prägte er entscheidend die österreichische Außenpolitik mit.

Karl Czernetz war aber auch Journalist und Publizist mit ganzer Seele: eine große Zahl von Publikationen, darunter viele Broschüren und Bücher, legt Zeugnis davon ab. Unter seiner Leitung entwickelte sich die „Zukunft“ immer mehr zu einer viel beachteten Tribüne der freien Diskussion. Seine größte Wirkung auf eine über den Kreis der sozialistischen Bewegung hinausgehende Öffentlichkeit entfaltete Czernetz als Redner: wann immer er das Wort ergriff, ob im Plenum des Nationalrats, dem er seit 1949 angehörte, bei einer Parteikonferenz oder im Europarat, immer fand er größte Aufmerksamkeit. Seine rhetorische Brillanz fesselte jedes Auditorium. Parlament und Partei haben einen ihrer mitreißendsten Redner verloren.

Auch als „der Präsident“ ist Karl Czernetz ein bescheidener und liebenswerter Mensch geblieben, der einfach keinen Sinn für Selbstdarstellung hatte, wie sie heute mancher zu brauchen glaubt. Er blieb immer der, der er war: ein guter Genosse, den wir niemals vergessen werden.

Karl Kautsky †

Dr. Karl Kautsky, der zweite Sohn des großen sozialistischen Publizisten und Mitverfassers des Hainfelder Programms, Karl Kautsky, und der Herausgeberin der Rosa-Luxemburg-Briefe, Louise Kautsky, ist im 86. Lebensjahr in Kalifornien verstorben. Er war in Wien als Arzt tätig, wirkte als Referent über Gesundheitsfragen in der sozialdemokratischen Bewegung und ist auch als Übersetzer russischer Bücher in die Öffentlichkeit getreten. Auf der Flucht vor dem NS-Terror begleitete Dr. Karl Kautsky mit seiner Frau seinen erkrankten, bereits gehunfähigen Vater in die Emigration, während seine Mutter Louise und sein Bruder Benedikt in Wien zurückblieben und verhaftet wurden. Bekanntlich ist Louise Kautsky in Auschwitz gestorben. Benedikt Kautsky war einer der Schöpfer des Programms der SPÖ von 1958.

Stella Klein-Löw: Goldenes Doktorjubiläum

Hofrat Dr. Stella Klein-Löw, viele Jahre hindurch Schulsprecherin der SPÖ im Nationalrat und in der sozialistischen Bildungsarbeit tätig, machte vor 50 Jahren ihr Doktorat. Von der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien wurde Stella Klein-Löws goldenes Doktor-Jubiläum gefeiert. Stella Klein-Löw hat Philosophie studiert und dann das Lehrfach eingeschlagen. Sie war beruflich zuletzt Direktorin des Floridsdorfer Gymnasiums. Obwohl nun schon lange in Pension, ist sie noch Funktionärin der Wiener SP-Bezirksorganisation Leopoldstadt. In der Zeit des Faschismus ist sie aufrecht geblieben, sie mußte 1938 emigrieren und ist von England nach 1945 nach Österreich zurückgekehrt.

Zum goldenen Doktor-Jubiläum gratulieren wir allerherzlichst.



Antisemitische Urtöne

Der „Club 2“ des ORF zum Thema „Studentenrevolte 1968 — 10 Jahre“ mit Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit löste unter 450 Zusehern ein fast ausschließlich antisemitisches Echo aus. Außer Antisemitisches ist diesen Club-2-Zusehern nichts eingefallen, was zeigt, daß sie zur Materie keine Beziehung hatten. Dr. Nenning hatte sich anfangs gegenüber Cohn-Bendit ungeschickt verhalten, sozusagen den „ewigen Juden“ aus einer Zeitung zitiert und so ungewollt jene Leute erst recht mobilisiert. In der Diskussion mit Staberl zwei Tage später hat er das wieder gutgemacht. Staberl ließ sicher absichtlich in seinem Artikel gegen den „Club 2“ mit Dutschke und Cohn-Bendit das zweite Wort Bendit weg und hat somit ebenfalls, aber gewollt, Antisemitismus geschürt. Dem Künstler Arik Brauer ist es vor ein paar Jahren ebenso gegen seine Person ergangen.

Wir stehen vor einer Mauer der Ignoranz und Intoleranz gegenüber Minderheiten. Unsere Absichtserklärung im Parteiprogramm gegenüber Faschismus und Rassismus dürfte nicht ausreichen. Mehr als 30 Jahre Zweite Republik sind nun vergangen, und die politische Bewußtseinslandschaft unserer Landsleute, auch Arbeiter und Angestellte, ist fast unverändert. (Beweis: 1,4 Millionen Staberl-Leser pro Tag!)

Bruno Litzka
Grundsteingasse 1
1160 Wien

Aus den Landesorganisationen

Kärnten

Anna Falle †. Wir sind von Trauer erfüllt, daß diese vorbildliche Sozialistin uns für immer verlassen hat. Hochbetagt, doch plötzlich und unerwartet ist sie verschieden. Reich an Arbeit und Entbehrungen war ihr Leben. Schon als Kind hat sie Armut und Not kennengelernt, denn sie wurde in eine Welt hineingeboren, in der die Arbeiter rechtlos und unterdrückt gewesen waren. So war es natürlich, daß sie noch ganz jung den Weg zu der sozialistischen Arbeiterbewegung gefunden hat und in dieser Gemeinschaft mit ihrem Idealismus und der Begeisterungsfähigkeit der Jugend ihre Kraft für eine bessere Welt einsetzte.

Sie wurde eine eifrige Funktionärin und hat mit ihren Zeitgenossinnen den Grundstein für die Welt von heute gelegt, in der die Kinder nicht mehr nach Brot und Bildung hungern müssen. Heute werden sie satt, und die sozialen Einrichtungen ermöglichen es, daß Arbeiterkinder lernen und studieren können. Sie blieb aber auch, als die Nacht des Faschismus sich über unsere Heimat senkte, Sozialistin und bekannte sich dazu. Harte Schicksalsschläge haben sie weder wankend noch mutlos gemacht.

Ihr Gatte, unser unvergeßlicher Genosse Falle, der in der Ersten Republik Kärnten im Nationalrat vertreten hat und der erster Landesvertrauensmann gewesen war, gegen den sich der ganze Haß der Faschisten richtete, wurde verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau gebracht, aus dem er nicht lebend herauskam. In der Zeit aber, da der Gatte im KZ und der Sohn eingerückt war — auch er kam nicht heim, er ist gefallen — arbeitete Anna Falle unentwegt illegal für die Freiheit, für das Morgen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ hat sich diese mutige Kämpferin am Wiederaufbau unserer Partei und der Heimat betätigt. Wenn sich in unserem Lande vieles verändert hat, dann nur deshalb, weil Menschen wie Anna Falle kein Opfer und keine Arbeit gescheut haben, damit sich der Traum ihrer Jugend von einer freien, gerechteren und demokratischen Welt erfüllen konnte. Ihren Angehörigen, besonders ihren Söhnen, gehört unsere Anteilnahme, sie haben das Leid der Mutter mitgetragen.

Sie aber werden wir

NIEMALS VERGESSEN!

Aus dem Wiener Landesverband Die Bezirke berichten:

Leopoldstadt

Wir haben in den letzten Monaten in unserer Bezirksgruppe mehrere schmerzliche Verluste hinnehmen müssen. Verstorben sind:

Genosse Moritz Schmidt,
Genosse Emil Gmeiner,
Genosse Richard Denk,
Genossin Anna Schlesinger.

Sie alle sind in der Zeit des Faschismus trotz Verfolgung aufrecht geblieben und haben im Widerstand mit ihren Kampfgefährten für die Freiheit und Demokratie alles gewagt.

Wir werden sie niemals vergessen!

Simmering

Robert Vogel †. Simmering hat wieder einen sehr schmerzlichen Verlust erlitten, denn Genosse Robert Vogel ist aus unserem Kreis getreten. Sein Leben hängt innig zusammen mit den Kämpfen und mit dem Aufstieg unserer Partei, diese war seine zweite Heimat.

Viele Funktionen waren ihm anvertraut, selbstverständlich gehörte er dem Schutzbund an, und als die Partei verboten war, stand er in den Reihen der illegalen Revolutionären Sozialisten. Von ihm kann man sagen, daß er bis zur letzten Stunde der Partei diente. Unser ganzes Mitgefühl gilt seiner tapferen Frau, die alles Leid mit ihm



getragen hat, und gilt seiner Familie! Wir haben einen guten Freund, einen wunderbaren Sozialisten verloren!

Hernals

Franz Schulz †. Am 28. Juni 1978 ist im 77. Lebensjahr nach kurzer, schwerer Krankheit Genosse Franz Schulz gestorben. Genosse Schulz war Schriftsetzer, trat im Jahre 1922 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei, war Funktionär seiner

Fachgewerkschaft und zeitweise Betriebsrat einer großen Druckerei. Als aktiver Schutzbündler mußte er für seine aufrechte demokratische Gesinnung im Landesgericht und in Wöllersdorf längere Haftzeiten auf sich nehmen. Als Revolutionärer Sozialist verbreitete er die illegale Arbeiter-Zeitung und er stellte sich sofort nach der Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft der Sozialistischen Partei und auch dem Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer zur Verfügung und er hielt beiden, wie in der Zeit der faschistischen Verfolgungen, bis zu seinem Tode die Treue.

Genosse Schulz war Inhaber der Amtsbescheinigung nach dem Opferfürsorgegesetz, und er wurde von unserem Bund mit dem goldenen Abzeichen ausgezeichnet. Die Hernalser Freiheitskämpfer erwiesen Genossen Schulz bei der Kremation die letzte Ehre. Bezirksobmann Genosse Robert Blau dankte an der Bahre dem Dahingegangenen für seine Treue und Opferbereitschaft.

Die Hernalser Freiheitskämpfer werden Genossen Franz Schulz ein ehrendes Gedenken bewahren.

Brigittenau

Ludmilla Hudec †. Unsere Genossin Ludmilla Hudec, geborene Waschek, ist im 72. Lebensjahr verstorben. Sie gehörte seit ihrer Jugend der Sozialistischen Partei an und war Trägerin des Abzeichens für 40jährige Parteimitgliedschaft.

In der Zeit der Illegalität zwischen 1934 und 1945 unterstützte sie ihre Eltern und Brüder nicht nur in ihrer politischen Arbeit gegen den Faschismus, sondern auch in der Zeit, als sie inhaftiert waren. Unsere Bezirksgruppe verliert mit Ludmilla Hudec ein unterstützendes Mitglied. Wir werden in ihrem Geiste weiterarbeiten.



Donaustadt

Genosse Charwat, Ehrenobmann unseres Bezirks, wäre am 28. Mai 90 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß haben wir an seinem Grab einen Kranz niedergelegt, aus Dankbarkeit und zur Erinnerung an seine jahrzehntelange aufopfernde Mitarbeit. Genossin Charwat nahm an der Delegation teil.

Liesing

Alois Packes †. Ein unermüdlicher sozialistischer Vertrauensmann, ein Kämpfer für die Freiheit und Demokratie ist für immer von uns geschieden. Ein Leben für die Partei, für die Idee des Sozialismus ist zu Ende gegangen. Wir denken voll Trauer daran, was wir mit seinem Heimgang verloren haben. Schon in jungen Jahren hat er sich den unterdrückten, um ihre Rechte kämpfenden Arbeitern angeschlossen. Im Laufe der Jahre übernahm er verschiedene Funktionen, vor 1934 wurde ihm durch das Vertrauen seiner Genossen das Amt des Bürgermeisters in der damals selbständigen Gemeinde Erlaa übertragen.

In seiner Gesinnung ist er nie wankend geworden. Als es galt, nach dem Verbot der Partei im Februar 1934 in der Untergrundbewegung der Revolutionären Sozialisten Widerstand gegen den Faschismus zu leisten, war Alois Packes zur Stelle. So hat er ohne zu zögern Leben und Gesundheit für die Wiederherstellung der Demokratie und Freiheit gewagt. Er hat alles auf sich genommen. Kerker und Strafkompanie, nur gebeugt hat er sich nicht.

Nach dem April 1945 war er maßgeblich am Wiederaufbau unserer Partei beteiligt, und wieder war es für ihn selbstverständlich, daß er mithalf, die Zerstörungen durch Krieg und Faschismus zu beseitigen.

Zu seinen politischen Funktionen als Sektionsleiter und Bezirksobmannstellvertreter in Liesing kam nun noch die Arbeit als Funktionär des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer. Eine Funktion, die er ausübte, bis ihn seine Erkrankung (fast vollständige Erblindung) an der Mitarbeit hinderte. Auf Genesungswünsche der Mitglieder der Obmannkonferenz schrieb er einen Brief, den wir auszugsweise wiedergeben. Seine Worte sind nicht nur ein Gruß an uns, sie legen Zeugnis ab von dem Charakter des sozialistischen Vertrauensmannes alter Schule. Er hat sich damit aber auch selbst das schönste Denkmal gesetzt. Nach der Schilderung der Ursache, warum er nicht mehr mitarbeiten kann, heißt es:

„Aber was ist das alles gegen das Leid, das Millionen ertragen mußten und daran entsetzlich starben. Wir haben das Glück gehabt, die Freiheit zu erleben, für die sie gestorben sind. Meine größte Sorge ist, wer meine Arbeit im Bezirk Liesing übernehmen wird. Alle meine treuesten Freunde und Mitarbeiter sind verstorben, und die wenigen, die noch leben, sind alt und krank, und der Bezirk ist groß.“

Wir können dir, lieber Genosse Packes, nur danken für alles, was du zeit deines Lebens für die Gemeinschaft getan hast, und in diesen Dank auch deine liebe Gattin einbeziehen, die dir bis zur letzten Stunde zur Seite stand. Wir werden dich nie vergessen, und dein Beitrag an den Erfolgen der Partei für die nachkommenden Generationen wird dereinst in goldenen Lettern in der Geschichte der Arbeiterbewegung enthalten sein.

NIEMALS VERGESSEN!

Herrn
Wilhelm Eduard
Volltagasse 28-30/18/3/11
1210 WIEN

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
an den Absender

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.

Mehr Information — das war eine der wichtigsten Forderungen in der Parteireformdiskussion. Mehr Information — nicht nur über aktuelle Fragen der Tagespolitik, sondern auch über grundsätzliche Probleme der sozialistischen Politik, über Probleme und Praxis der Parteiarbeit und über internationale Fragen. Mehr Information: dieser Forderung will das Karl-Renner-Institut mit seinen Broschürenreihen Rechnung tragen.

Prospekte und Bestellungen:

SPÖ-Materialstelle, Löwelstraße 18,
1014 Wien

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 31. Oktober 1978

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien 5, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. und 3. Mi.
17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b Jeden 1. Di.
17 bis 18 Uhr
5, Siebenbrunnengasse 5/Stiege 6/
Parterre links Jeden 2. u. 4. Mi. 18 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
7, Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8, Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 80 Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
13, Wolkersbergenstr. 170 Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 Do. 18 bis 19 Uhr
17, Röttergasse 29 (Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
19, Billrothstraße 34 Di. 16 bis 18 Uhr
Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr
20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
21, Prager Straße 9 Jeden 2. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr
22, Donauefelder Str. 259, jeden 2. Mi. 18.30 bis 19 Uhr
23, Atzgersdorf,
Breitenfurter Straße 230 Di. 9 bis 11 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach telef. Vereinbarung)

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,
Grillparzerstr. Nr. 14/III, Wien 1,
Landesparteisekretariat 1. Di. 9 bis 11 Uhr
Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
W r. Neustadt, Wiener Straße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
Schwechat, Rathausplatz 7, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Permayerstraße 2,
Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
Arbeiterkammergebäude Tägl. außer Sa.
I. Stock, Pensionistenverband ... 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/I, Mo. 9 bis 11 Uhr
Zimmer 3 Jeden Mi.
9 bis 11 Uhr
Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Paris-Lodron-Straße Jeden Di. u. Fr.
Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mittwoch
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
Bruck an der Mur,
Schillerstraße 22
Kapfenberg, Volksheim, Jeden 2. Mittwoch
Wiener Straße, Zimmer 14 18 bis 19 Uhr
Mürzzuschlag, Bezirkssekre-
tariat der SPÖ, Grazer Straße 28 Jeden 1. Freitag
14 bis 16 Uhr